

Kathrin Vogler (BSV)

## Deutschland und der „Krieg gegen den Terror“: Militarisierung ohne Grenzen

Seit September 2001 ist Deutschland im Krieg – im so genannten „Krieg gegen den Terror“. Mit Gerhard Schröders „uneingeschränkter Solidarität“ mit den Vereinigten Staaten und der Beteiligung am „Krieg gegen den Terror“ erreichte die Militarisierung der deutschen Außenpolitik ihren vorläufigen, nicht endgültigen Höhepunkt.

Dabei ist durchaus nicht abzusehen, ob sich dieser „Krieg“ mit den eingesetzten Mitteln gewinnen lässt, noch welche Folgen er für die zukünftige Entwicklung der deutschen und europäischen Innen- wie Außenpolitik haben wird.

Wenn wir uns die Einsatzgeschichte der Bundeswehr seit 1990 ansehen, können wir feststellen, dass es eine Kontinuität in der Entwicklung von der „Verteidigungsarmee“ hin zur „Einsatzarmee“ gibt. Stringent wurde nach dem Ende des Ost-West-Konflikts der Wandel der Bundeswehr von allen bisher regierenden Kräften in aufeinander aufbauenden Schritten durchgesetzt, offenbar geleitet von einer „hidden agenda“, über deren Umsetzung auch gegen den Willen großer Teile der Bevölkerung es einen breiten parlamentarischen Konsens zu geben scheint. Inhaltlich gipfelte dieser Wandel im Jahr 2003 in den vom damaligen Verteidigungsminister Peter Struck (SPD) herausgegebenen Verteidigungspolitischen Richtlinien, wo er deutlich herausstellte, „dass sich Einsätze der Bundeswehr weder hinsichtlich ihrer Intensität noch geografisch eingrenzen“ ließen. Unbegrenzt sind also seither Einsatzgebiet und potenzieller Auftrag der Bundeswehr.

Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Gernot Erler, erklärte noch am 2. April 2008 in einem WDR5-Interview, dass „der Afghanistan-Einsatz (von vornherein) skeptisch bei der Bevölkerung beurteilt“ werde. Dies sei „ja auch verständlich und nachvollziehbar.“ Allerdings erklärt sich Erler die Skepsis der Bevölkerung vor allem mit der Gefährlichkeit des Einsatzes. Dass es gute, politisch rationale und nachvollziehbare Gründe gegen den Einsatz der Bundeswehr an diesem und anderen Kriegsschauplätzen geben kann, erschließt sich ihm offenbar nicht. Vielmehr kündigt er an, dass die

Bundesregierung nun ihre Anstrengungen verstärken müsse zu erklären, warum eigentlich dieser Einsatz stattfindet. Somit wird der Kriegseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan von einem Problem der Politik zu einem Problem der Kommunikation umdefiniert. (1)

Auf die Frage des WDR-Moderators nach der voraussichtlichen weiteren Dauer des Bundeswehreininsatzes mochte sich Erler nicht festlegen: „Ich halte nichts von dieser Diskussion, da irgendwelche Zahlen zu nennen. Aber man kann es vielleicht sachlich ausdrücken: Der Afghanistan-Einsatz kann erst reduziert oder beendet werden, wenn es tatsächlich gelungen ist, die gewählte afghanische Regierung instand zu setzen, sich selbst gegen die Taliban zu verteidigen.“ (ebd.)

Die Verteidigungspolitischen Richtlinien Strucks ergänzend, können wir also nun feststellen, dass Bundeswehreinätze auch zeitlich nicht mehr eingegrenzt werden.

Außenminister Steinmeier hat bereits am 27. Januar in einem Interview mit dem Deutschlandfunk angedeutet, dass wir in Kürze mit neuen Ausweitungen des Bundeswehreininsatzes rechnen müssen:

„Wir bemühen uns mit Frankreich gerade darum, in den kommenden Monaten - ich gehe von Mai oder Juni dieses Jahres aus - auf einer internationalen Konferenz noch mal untereinander abzugleichen, wo wir stehen, wo wir gegebenenfalls auch nachjustieren müssen und wo einzelne Staaten mehr tun können. Das ist notwendig, und das werden wir gemeinsam mit anderen auf den Weg bringen.“ (2)

Auf gut Deutsch: Die Bundesregierung richtet sich auf eine militärische Dauerpräsenz der Bundeswehr zusammen mit den Truppen der Bündnispartner in Afghanistan ein.

Das kann auch in der derzeit herrschenden Logik gar nicht anders sein, wenn man sich die bisherige Bilanz des „Kriegs gegen den Terror“ ansieht. Da wird immerhin 6 Jahre nach der ersten Bundeswehrentsendung nach Afghanistan stolz verkündet, dass es nun immerhin zwei funktionierende Mobilfunknetze und teilweise ein neues Straßennetz im Land gebe. Zweifelsohne ist dies für die Kommunikation der Menschen im Land und den Aufbau der afghanischen Wirtschaft ein großer Fortschritt. Es seien aber Zweifel erlaubt, ob solche und

ähnliche Erfolge ausreichen, um dem Land eine eigenständige Entwicklung in Richtung Frieden und Demokratie zu ermöglichen, ob sie schnell genug erreicht werden und ob der finanzielle, politische und humanitäre Preis für ihre Realisierung gerechtfertigt ist.

Im Friedensgutachten 2007 kritisieren die Friedensforschungsinstitute, dass die Gründe für die bisherigen Bundeswehreinsätze selten mit den offiziellen Begründungen übereinstimmen, weil die Entscheidungen einem Geflecht innen- und außenpolitischer Einflussfaktoren unterlägen. (3)

Spruch: weil Politikerinnen und Politiker wieder gewählt werden wollen, sagen sie den Menschen nicht die Wahrheit über das, was sie tun. Handfeste ökonomische oder geostrategische Interessen sowie bündnispolitische Prioritätensetzungen werden systematisch mit wohlklingenden Zielen wie Frieden, Demokratie oder Menschenrechten verschleiert. Dabei will ich gar nicht jedem Einzelnen absprechen, dass er von Herzen überzeugt ist, etwas Gutes oder zumindest Notwendiges zu tun, wenn er den regelmäßigen Verlängerungen oder Ausweitungen der Bundeswehrmandate zustimmt, aber auch unsere Politikerinnen und Politiker empfinden sich nicht als frei in dieser Entscheidung.

Für den grünen Abgeordneten Winfried Nachtwei stellt der Gang in die Regierung nicht nur als einen bloßen Rollenwechsel dar, sondern einen kompletten Bühnenwechsel. Er beschreibt diese Veränderung so, als käme man von einer Freilichtbühne in ein international renommiertes Theater:

„Der »Spielplan« ist zu erheblichen Teilen fremdbestimmt und das Publikum enorm groß, kritisch und heterogen. Deutsche Außenpolitik agiert im multilateralen Verbund in der UNO, NATO, EU, OSZE etc. und auf keinen Fall im Alleingang. Im Unterschied zu einer Opposition [...] sind [Regierende] vor allem im Hier und Jetzt angesichts realer und durchsetzbarer Handlungsalternativen gefordert. [...] Wer nicht nur für sich selbst verantwortlich ist, sondern für den Schutz der eigenen Bevölkerung, für die Ausübung des staatlichen Gewaltmonopols und die Erfüllung von Verpflichtungen, die sich aus UNO- und Bündnismitgliedschaft ergeben, kann eine strikte und prinzipielle Gewalt- und Militärfreiheit nicht mehr aufrechterhalten.“ (4)

Dabei übersieht Nachtwei meines Erachtens, dass es längst an dieser Stelle nicht mehr um „strike Gewaltfreiheit geht“. Wenn wir uns zurückerinnern, war es die Bundesregierung unter einem grünen Außenminister Fischer, die der US-Regierung die Bundeswehrtruppen für Afghanistan quasi aufgedrängt hat. Die KSK-Truppen in der so genannten „Operation Enduring Freedom“ haben den US-Truppen Gefangene zu möglicher Folter und Hinrichtung ausgeliefert und waren damit an massiven Menschenrechtsverletzungen beteiligt. Selbst eine „gemäßigte“ oder „situative“ Gewaltfreiheit sieht m. E. anders aus. Außerdem macht er es sich viel zu einfach, wenn er sein Abstimmungsverhalten als Regierungspolitiker vor allem mit externen Zwängen begründet.

Als Organisation, die sich nach wie vor nichts Geringeres auf die Fahnen geschrieben hat als die Abschaffung von Rüstung und Militär, stehen wir vollkommen perplex vor der Tatsache, dass die von uns mit entwickelten gewaltfreieren oder zumindest zivileren Alternativen der Konfliktprävention und -intervention zwar formal zunehmend Anerkennung finden, aber umgehend pervertiert werden, um den „Kampf um die Köpfe und Herzen“ der Menschen doch noch zu gewinnen. Überall wird erklärt, selbstverständlich hätten die zivilen und politischen Mittel der Konfliktbeilegung Vorrang – das drückt sich aber weder materiell noch personell aus. Da werden ganze Ministerialstäbe damit beschäftigt, wohlfeile Konzepte zu erarbeiten, wie den wirklich begrüßenswerten „Aktionsplan Zivile Krisenprävention“ der Bundesregierung – deren Umsetzung dann mangels Masse entfällt.

Selbst dann, wenn man grundsätzlich bereit wäre, Militär zur Stabilisierung von Krisengebieten einzusetzen – was der BSV ablehnt – müsste man inzwischen erkennen, dass sich die militärische Option in einer Art und Weise verselbstständigt hat, die wir selbst in unseren kritischsten Szenarien noch vor zehn Jahren nicht angenommen haben. Die deutsche Außenpolitik hat sich längst vom Primat der Politik verabschiedet.

Die Darstellung in der Öffentlichkeit wird davon beherrscht, dass der Militäreinsatz notwendig und angemessen sei, um den zivilen Aufbauhelfern und den einheimischen Friedenswilligen ein sicheres Umfeld zu garantieren. Als Pazifistin kann ich nicht nur nach Absichten fragen, sondern muss Ziele im Zusammenhang mit Mitteln und Ergebnissen bewerten.

Eine Studie der internationalen Hilfsorganisation oxfam arbeitete im Februar dieses Jahres heraus, dass die Potenziale zur Friedensförderung in Afghanistan nur äußerst unzureichend ausgeschöpft werden, weil sie sich zu sehr auf der obersten politischen Ebene bewegen und damit kaum Auswirkungen auf den Alltag der Menschen haben. Die lokale Förderung von Friedens- und Konfliktbearbeitungsstrukturen erhalte zu wenig Aufmerksamkeit und zu wenig Mittel. (5)

Auch die zugesagten Mittel für den zivilen Wiederaufbau fließen zu zögerlich und unvollständig. Dies ergab eine weitere Untersuchung internationaler Hilfsorganisationen in Afghanistan, die vor wenigen Tagen erst veröffentlicht wurde, ebenfalls von oxfam. (6) Danach werden nicht nur über 40% der zugesagten Mittel von den Geberländern zurückgehalten, auch die Effektivität des Mitteleinsatzes ist unzureichend. Die Autoren schätzen, dass mindestens 40% der eingesetzten Gelder durch entsprechende Auftragsvergaben in die Ökonomien der Geberländer zurückfließen. Sie kritisieren, dass man mit den eingesetzten Mitteln erheblich mehr bewegen könnte, wenn sie vorrangig vor Ort ausgegeben würden. Als drastisches Beispiel für Verschwendung und Missbrauch verweisen sie auf ein von den USA finanziertes Vorzeigeprojekt in Kabul, bei dem jeder Straßenkilometer mit 2,3 Millionen US-Dollar zu Buche schlägt.

Allein das US-Militär gibt augenblicklich ca. 100 Millionen Dollar täglich in Afghanistan aus, dagegen beträgt die gesamte Hilfsleistung der internationalen Gemeinschaft an das Land nur 7 Millionen pro Tag.

Solange allein Deutschland in Afghanistan für jeden Euro Wiederaufbauhilfe vier Euro für die militärische Absicherung ausgibt, gibt es keine Chance, die formulierten Wiederaufbauziele zu erreichen. 90% der afghanischen Staatsfinanzen stammen aus dem Ausland. Solange bei der Verwendung dieser Mittel die Interessen der Geberländer Vorrang vor den Interessen der lokalen Bevölkerung haben, bleibt auch ISAF eine Besatzungsmacht.

Das Friedensgutachten 2007 (ebd.) fordert, dass bei der Befriedung von Gewaltkonflikten die nachhaltige Transformation lokaler Gewaltkonflikte, besonders der Aufbau von Regeln und Institutionen friedlicher Konfliktbearbeitung zum Prüfstein für alle Maßnahmen werden soll. Wenn man dieses Kriterium an die Außenpolitik Deutschlands anlegt, dann sind die

bisherigen Bundeswehreinsätze verfehlt und unverhältnismäßig im Hinblick auf ihre politischen Ziele gewesen.

Weder ist die Terrorgefahr geringer geworden, noch wurden nachhaltige Rechts- und Friedensstrukturen geschaffen, noch wird deutsche Außenpolitik friedensfördernder. Erneut sind 2007 die Rüstungsexporte angestiegen, insbesondere in die ärmeren Länder und auch in Konfliktregionen wie Indien und Pakistan. Im Bundeswehreinsatz erprobt, verkaufen sich deutsche Waffen bestens. (8) Deutlich zugenommen hat v.a. der Handel mit Waffenteilen, deren Endbestimmung oft im Nebel bleibt. Sollten die Bundeswehrsoldaten, die im Rahmen der OEF in den Weltmeeren patrouillieren, hierbei wirklich auf Waffenschmuggler treffen, könnte ihnen die Ware seltsam bekannt vorkommen.

Einen Vorgeschmack auf den Einsatz in Afghanistan konnten sich Aufklärungsflieger der Bundeswehr bereits im Juni 2007 verschaffen, als sie in „Amtshilfe“ für die Polizei die Proteste gegen den G8-Gipfel ausspionierten. Dieser Einsatz, der die Grenzen des Grundgesetzes deutlich überschritt, zeigt, dass wir es auch im Inneren mit einer zunehmenden Militarisierung zu tun bekommen. Ein Schelm, wer da einen Zusammenhang mit der neuen Ausrichtung der NATO-Truppen auf das Thema „Aufstandsbekämpfung“ vermutet.

Auch an der inneren Verfassung der Bundesrepublik gehen diese Militarisierung der Politik und die Instrumentalisierung des Militärs für die so genannte „Innere Sicherheit“ nicht spurlos vorbei. So schrieb ein Hauptmann des „Kommando Spezialkräfte“ mit seinem vollen Namen und Dienstrang einen Drohbrief an Jürgen Rose, den Sprecher des Darmstädter Signals: „Ich beurteile sie als Feind im Inneren und werde mein Handeln daran ausrichten, diesen Feind im Schwerpunkt zu zerschlagen. [...] Sie werden beobachtet, nein nicht von impotenten instrumentalisierten Diensten, sondern von Offizieren einer neuen Generation, die handeln werden, wenn es die Zeit erforderlich macht.“ (9)

Dieser alte Geist in der Truppe muss uns aufstören. Insbesondere, weil das Verteidigungsministerium schon seit zehn Monaten dazu schweigt und damit diese Art politischer Unkultur deckt.

Kathrin Vogler, Bund für Soziale Verteidigung, 5. April 2008

Anmerkungen:

(1) WDR5, Morgenecho, 2.4.2008 e

(2) Deutschlandfunk, 27.1.2008

[http://www.dradio.de/dlf/sendungen/idw\\_dlf/730282/](http://www.dradio.de/dlf/sendungen/idw_dlf/730282/)

(3) Presseerklärung zum Friedensgutachten 2007:

[http://www.bicc.de/friedensgutachten/2007/fga\\_2007\\_presseerklaerung.pdf](http://www.bicc.de/friedensgutachten/2007/fga_2007_presseerklaerung.pdf)

(4) Winfried Nachtwei in: „Krieg verhüten – Sicherheit gewährleisten – Frieden fördern  
Materialien zu grüner Friedens- und Sicherheitspolitik, Berlin 2008, S.11

(5) Oxfam Deutschland: Lokale Friedensförderung in Afghanistan:

Vorschlag für eine nationale Strategie. Zusammenfassung der englischsprachigen  
Originalstudie „Community Peacebuilding in Afghanistan – The Case for a National Strategy“  
(Oxfam International, Februar 2008, Autor: Matt Waldman)

(6) Matt Waldman: Falling short. Aid effectiveness in Afghanistan. HG.: Oxfam International,  
Afghanistan, März 2008

(7) Herbert Sahlmann: Wege aus dem Krieg in Afghanistan, 20 Thesen für eine konstruktive  
Konfliktbearbeitung, BSV-Informationsblätter, Minden, März 2008

(8) GKKE: Rüstungsexportbericht 2007

[http://www.eed.de/fix/files/doc/EED\\_071217\\_Ruestungsexportbericht\\_2007\\_GKKE.pdf](http://www.eed.de/fix/files/doc/EED_071217_Ruestungsexportbericht_2007_GKKE.pdf)

(9) Mail von Daniel Kaufhold an Jürgen Rose vom 28. Juli 2007. Originaldokument liegt der  
Autorin vor.